

Pressemitteilung

Armut im reichen Europa

Am vergangenen Freitag trafen sich in Basel Landesarmutskonferenzen aus der Schweiz, Österreich, Deutschland und Frankreich.

An der Fachhochschule für soziale Arbeit begegneten sich zum zweiten Mal gemeinsam Fachleute, Betroffene und Solidarische um die Lage der Armut, der Ungleichheit und der Prekarisierung aus den verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Länderübergreifend stellten die Teilnehmer fest, dass sich die Situation verschärft: Reduzierung der Existenzsicherung z. B. in den Familien und verschärfte Sanktionsregelungen. Kürzungen bis hin zur Vollsanktion setzen Leistungsbezieher unter Druck, sie sollen schlecht bezahlte Arbeit annehmen und an sinnlosen Maßnahmen teilnehmen. Aus Frankreich wurde berichtet, was auch in Deutschland die Wirtschaft gerne durchsetzen würde, dass Sozialhilfeempfänger den Unternehmen von mindestens 6 bis höchstens 18 Monaten zur Verfügung gestellt werden. Der Stundenlohn beträgt dann lediglich zwei Euro, die zusätzlich zur Sozialhilfe gezahlt werden. Ebenso werden Sozialhilfeempfänger gezwungen gemeinnützige Tätigkeiten, natürlich unbezahlt, anzunehmen.

Die Ausweitung atypischer und prekärer Beschäftigung wie Teilzeitjobs Werkverträge und Leiharbeit ist länderübergreifend die Auswirkung marktradikaler Politik. Oftmals, wie in Deutschland, ist der zu erwartende Lohn nicht existenzsichernd. Anstatt die sozialen Sicherungssysteme auszubauen, finden direkte und indirekte Leistungskürzungen statt. Die Preissteigerungen bei Miete, Energie, Lebensmittel und im Gesundheitswesen werden bei Weitem nicht durch Angleichung der Leistungshöhe aufgefangen.

Der internationale Vergleich ergab auch, dass es ein Prozess ist, der bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht. Mehr Betroffene und (noch) Arbeitende sollten sich einmischen und der Verschlechterung entgegenwirken. Betroffene, besonders in Deutschland, finden nur schwer zueinander um die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung voranzutreiben. Der Neoliberalismus ist als Gesellschaftsideologie ein Phänomen. Nicht nur macht er den Armen und Schwachen weiß, sie wären an ihrem Elend schuld. Er schafft es auch, dafür zu sorgen, dass das wahre Ausmaß der gesellschaftlichen Armut mit all ihren Facetten zu wenig an die Öffentlichkeit dringt.

Wie stark die Armut zunimmt, zeigt sich auch an der Zahl der Wohnungslosen. Hinzu kommen Flüchtlinge, die Schutz, Arbeit und Auskommen in Europa suchen. Immer mehr Menschen werden nur unzureichend in Massenunterkünften versorgt oder leben unter widrigen Umständen in Armut und unzumutbaren Wohn- und Arbeitsverhältnissen. Diese Menschen sind auf bezahlbaren Wohnraum, menschenwürdige Unterbringung und auf weitere soziale Dienstleistungen und Infrastrukturen angewiesen.

In dieser Situation müssen wir feststellen: Eine zunehmende Konkurrenz auf den Wohnungsmärkten, bei der Notversorgung und in den anderen genannten Bereichen ist offensichtlich und war vorhersehbar. Wir stellen aber auch fest: Zuwanderung wirkt zwar in vielen Bereichen verstärkend, ist aber nicht Auslöser der Krise. Wesentliche Ursachen sind hausgemacht und Ergebnis politischer Fehlentscheidungen und Verantwortungslosigkeit auf Europa- und Länderebene.

Fachleute, Betroffene und Akteure die dieser gesellschaftlichen Fehlentwicklung entgegenstellen sind aufgerufen, sich zu vernetzen.

Ein weiteres Treffen ist im Herbst in Konstanz geplant.